



Mit Vollgas in die kostenschonende Elektromobilität

Das alles ist **NEU** bei der Sachbezugswerteverordnung



BETRUG VIA BMF-SMS

Das BMF bittet, die derzeit im Umlauf befindlichen Betrugs-SMS hinsichtlich einer bevorstehenden Pfändung zu ignorieren und sofort zu löschen



ÖKO-FÖRDERUNGEN

Ein in Begutachtung stehender Entwurf zum neuen ökologischen Investitionsfreibetrag enthüllt Details über Anspruch und Ablehnung



ENERGIEKOSTENZUSCHUSS I

Zur Stärkung der Unternehmen und des Wirtschaftsstandortes hat der Gesetzgeber den Energiekostenzuschuss I um ein weiteres und somit viertes Quartal verlängert



LIEBE KLIENTINNEN & KLIENTEN!

Der Osterhase hatte es auch schon mal leichter, oder? Eine massive Inflation bei der Beschaffung der Farben und Waren, exorbitant gestiegene Miet- und Energiekosten, deutlich merkbare Lieferkettenprobleme und zudem noch ein ziemlicher Personalmangel bei Helfern und Eierproduzentinnen. Was für eine Ostergeschichte! Und leider auch irgendwie 1:1 anwendbar in der täglichen Realität der Unternehmer:innen des Landes, die diese aktuelle Krise dennoch meistern müssen und auch werden.

Daher kommen kleine Gaben in Form von Erleichterungen, Förderungen und Unterstützungen durch den Verursacher, sprich den Gesetzgeber gerade gelegen.

Daher widmet sich die neueste Ausgabe unseres Kanzleimagazins „CLEVER STEUERN“ im sogenannten „Lead Block“ den Neuerungen bei der Sachbezugswerteverordnung, wo durch die Forcierung der Elektromobilität in Unternehmen so mancher Euro eingespart werden kann. Und auch beim neuen (zum Zeitpunkt der Drucklegung noch in der Begutachtungsphase befindlichen) Entwurf zum ökologischen Investitionsfreibetrag kann man finanziell durchaus profitieren.

Zudem werfen wir einen Blick auf eine lukrative Erweiterung beim Energiekostenzuschuss I, bei dem ein viertes Quartal angehängt wurde, präsentieren eine Erkenntnis hinsichtlich der Gebührenbefreiung bei Wohnungsmieten und wir widmen ins einer aktuellen Meldung des BMF, das vor dreisten, betrügerischen Fake-Pfändungs-SMS warnt. Apropos BMF: Für jene, die bei der Bezahlung ihrer Abgabenschulden Schwierigkeiten haben, gibt es von der Finanz Zahlungserleichterungen, die wir auch kurz vorstellen.

Da im Märchen und in der Tagesrealität am Ende immer das Gute siegt, wird der Osterhase auch heuer die Nester prall füllen. Wäre doch gelacht, wenn es trotz aller Widrigkeiten nicht so wäre! Ergo wünsche Ich Ihnen, Ihren Familien & Mitarbeiter:innen wie alle Jahre wieder ein wunderschönes, friedliches und rundum erholsames Osterfest!

Mit ganz lieben und aufmunternden Grüßen

Mag Ursula Plachetka



PLACHETKA & PARTNER
STEUERBERATUNGSGESELLSCHAFT M.B.H.





Die neue Sachbezugswerteverordnung: Vollgas in eine kostenschonende Elektromobilität !

In der Causa Lohnverrechnung sind einige Änderungen der Sachbezugswerteverordnung in Hinsicht auf die von der Regierung forcierte Elektromobilität in Unternehmen per 31. Dezember 2022 beziehungsweise per 1. Januar 2023 in Kraft getreten.

Das ergibt einige finanzielle Erleichterungen für Unternehmen, die wir Ihnen hier kurz ans Herz legen wollen:

Bezugsumwandlung bei emissionsfreien Fahrzeugen

Generell gilt, dass bei Überlassung von arbeitgebereigenen Kraftfahrzeugen, Fahrrädern oder Krafträdern mit einem CO₂-Emissionswert von null (d.h. Elektroauto, E-Bike, etc.) für nicht beruflich veranlasste Fahrten (einschließlich Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte) KEIN Sachbezugswert anzusetzen ist.

Nun wurde vom Gesetzgeber klargestellt, dass auch für die Zurverfügungstellung derartiger im Rahmen einer Umwandlung überkollektivvertraglich gewährter Bruttobezüge ein Sachbezugswert von NULL anzusetzen ist, da es sich dabei um eine arbeitsrechtlich zulässige Verschlechterungsvereinbarung handelt.

Unternehmer:innen wird mit diesem Entscheid ermöglicht, mit den Dienstnehmern eine Lohn- bzw. Gehaltsreduktion als Nutzungsgebühr zu vereinbaren, damit diese im Gegenzug ein emissionsfreies Fahrzeug zur privaten Verwendung erhalten.

Aber aufgepasst! Die Zurverfügungstellung emissionsfreier Fahrzeuge gegen eine finanzielle Beteiligung von Arbeitnehmern führt ausdrücklich nur dann zur Reduktion der Bemessungsgrundlagen für Lohnsteuer, DB, DZ und KommSt, wenn aufgrund einer vertraglichen Vereinbarung die Bruttobezüge reduziert werden. Ein bloßer Nettoabzug genügt daher nicht.

Es ist dabei übrigens auch unbeachtlich, ob die Vereinbarung befristet oder unbefristet erfolgt. Wichtig ist, dass keine Unterschreitung des kollektivvertraglichen Mindestentgelts erfolgt!

PS: Die ÖGK geht mit diesem Entscheid übrigens d'accord und akzeptiert eine Beitragsbefreiung für die Sozialversicherung (plus betrieblicher Vorsorge). Sie

stellt aber auch ausdrücklich klar, dass die Reduktion zu einer Verminderung der Beitragsgrundlage führt und sich grundsätzlich auch auf sonstige Ansprüche (wie z.B. Sonderzahlungen, Urlaubsentgelt, Krankentgelt, Mehrarbeits- bzw. Überstundenentlohnung und Ist-Lohnerhöhungen) auswirkt.

Wie behandelt man das Aufladen emissionsfreier Kraftfahrzeuge in Hinsicht auf Sachbezüge?

Wenn für den Arbeitnehmer die Möglichkeit besteht, ein emissionsfreies Fahrzeug beim Arbeitgeber unentgeltlich aufzuladen, ist KEIN Sachbezug anzusetzen. Dies übrigens unabhängig davon, ob es sich um ein vom Arbeitgeber bereitgestelltes Firmenfahrzeug oder das Privatfahrzeug des Arbeitnehmers handelt.

Wenn ein Arbeitgeber die Kosten für das Aufladen eines emissionsfreien Firmenfahrzeugs trägt (oder ersetzt), ist KEINE lohnsteuerpflichtige Einnahme anzusetzen, wenn das Aufladen

a) an einer öffentlichen Ladestation erfolgt und die konkreten Ladekosten nachgewiesen werden können, oder

b) das Aufladen an einer privaten Ladeeinrichtung („Wallbox“) des Arbeitnehmers erfolgt, die eine Zuordnung der Lademenge zum betreffenden Fahrzeug sicherstellt.

Dazu muss der Kostenersatz auf Basis des vom BMF bis spätestens 30. 11. für das Folgejahr veröffentlichten durchschnittlichen Strom-Gesamtpreises (Cent/kWh) berechnet werden. Heuer werden derzeit ein Kostenersatz von 22,247 Cent/kWh angesetzt. Als Alternative können Arbeitgeber den Arbeitnehmern in den Jahren 2023 bis 2025 einen abgabenfreien Pauschalersatz von bis zu EUR 30,- pro Monat zahlen, wenn die verwendete Ladeeinrichtung nachweislich nicht in der Lage ist, einem Fahrzeug die Lademenge zuzuordnen.

Aber Achtung! Diese Kostenersätze stellen keinen Auslagenersatz dar und daher liegt ein beitrags- und steuerpflichtiger Arbeitslohn vor!

Bei einem **gänzlichen oder teilweisen Ersatz der Kosten** bzw. bei **direkter Bezahlung** für die **Anschaffung einer Ladeeinrichtung** (Wallbox) für das privat genutzte Firmenfahrzeug ist bis zu einem Betrag von EUR 2.000,- **KEIN Sachbezug** anzusetzen. Bis zum genannten Betrag gilt ein Kostenersatz nämlich laut Entscheid nicht als abgabepflichtiger Vorteil aus dem Dienstverhältnis. Übersteigen nun die Anschaffungskosten (inklusive möglicher erforderlicher Zusatzinvestitionen) den Betrag von EUR 2.000,-, dann ist nur der diesen Betrag übersteigende Teil als ein Sachbezug oder eine Einnahme zu erfassen.

Aber aufgepasst! Grundvoraussetzung dafür ist, dass zum Zeitpunkt der Anschaffung der Ladeeinrichtung dem Dienstnehmer ein arbeitgebereigenes Fahrzeug bereits überlassen wurde.

Und bei Fahrrädern oder Krafträdern so?

Nun, bei kostenloser Überlassung ins Eigentum eines Arbeitnehmers oder bei einem verbilligten Ankauf eines Fahrrades oder Kraftrades durch den Arbeitnehmer ist ein geldwerter Vorteil in Höhe der Differenz zwischen dem tatsächlichen Übernahmepreis (Kaufpreis) und dem um übliche Preisnachlässe verminderten Endpreis anzusetzen. Dabei kann eine Nutzungsdauer von fünf (5) Jahren angenommen werden. Für die Finanz bestehen keine Bedenken, wenn bei linearer AfA aus Gründen der Vereinfachung anstelle eines obgenannten (üblichen) Preisnachlasses der steuerliche Buchwert abzüglich eines pauschalen Abschlags von 20% herangezogen wird. Errechnet sich der Buchwert von den Netto-Anschaffungskosten, sind für den üblichen Endpreis dann 20% Umsatzsteuer hinzuzurechnen.

Dazu ein kleines Fallbeispiel:

Ein Arbeitgeber schafft im Jänner 2021 ein E-Fahrrad mit Anschaffungskosten von EUR 3.000,- (inkl. Umsatzsteuer) an, das er dem Arbeitnehmer kostenlos zur Privatnutzung überlässt. Nach 4 Jahren soll es unentgeltlich ins Eigentum des Arbeitnehmers übergehen.

Variante A: Der Arbeitgeber macht beim Erwerb den vollen Vorsteuerabzug von EUR 500,- geltend. Der steuerliche Buchwert bei Übergabe beträgt somit EUR 500,-. Unter Berücksichtigung von 20% Umsatzsteuer und 20% Abschlag sind daher als Sachbezug EUR 480,- anzusetzen.

Variante B: Der Arbeitgeber ist nicht vorsteuerabzugsberechtigt. Die Anschaffungskosten betragen also EUR 3.000,-. Der steuerliche Buchwert bei Übergabe beträgt somit EUR 600,-. Unter Berücksichtigung eines Abschlags von 20% sind EUR 480,- anzusetzen.

Variante C: Der Arbeitnehmer kauft das E-Fahrrad nach 4 Jahren um 480 Euro. In diesem Fall ist **KEIN** Sachbezug anzusetzen.

Variante D: Der Arbeitnehmer erhält das E-Fahrrad nach 6 Jahren unentgeltlich. Da der steuerliche Buchwert null ist, ist **KEIN** Sachbezug anzusetzen.

Fahrzeugwechsel im Lohnzahlungszeitraum?

Kommt es zum Fahrzeugwechsel, gibt es keine Bedenken, wenn für den Lohnzahlungszeitraum der Sachbezugswert entweder nach den Anschaffungskosten des bisherigen Fahrzeuges oder jenen des neuen Fahrzeuges ermittelt wird, wenn für beide Fahrzeuge auf Grund des CO₂-Emissionswertes derselbe Prozentsatz auf die Bemessungsgrundlage zur Anwendung gelangt. Kommen durch den Fahrzeugwechsel auf Grund des CO₂-Emissionswertes jedoch unterschiedliche Prozentsätze zur Anwendung, ist von einer Durchschnittsbetrachtung für den Lohnzahlungszeitraum auszugehen.

Dreiste Betrugsmasche per Mobiltelefon

Diese SMS bitte sofort löschen!

Seit Anfang März 2023 sind vermehrt ziemlich offiziell wirkende SMS des Bundesministeriums für Finanzen im Umlauf.

In diesen derzeit tausendfach verschickten Fake-Nachrichten am Mobiltelefon werden Steuerzahlerinnen und Steuerzahler über eine anstehende Pfändung des Finanzamts informiert und eine Web-Adresse zur Bezahlung des Betrages zur Vermeidung der Pfändung unter dem Titel: „Pfändung des Hausrates“ wird sogleich mit übermittelt. Der Wortlaut lautet dabei so oder ähnlich:

„Ihre offene Forderung mit der Nummer 238-94891 wurde trotz mehrerer Mahnungen nicht beglichen. Am XX. XX 2023 wird der Gerichtsvollzieher vorsorglich Ihren Hausrat pfänden. Sie können das Pfändungsverfahren vermeiden, indem Sie den vollen Betrag sofort über diesen Zahlungslink (xxxxxx) bezahlen.“

Es handelt sich dabei aber nur um eine ziemlich neue Phishing-SMS und eine total dreiste Betrugsmasche. **Bitte überweisen Sie nichts und löschen Sie diese SMS sofort!**

 **Bundesministerium
Finanzen**



Ökologischer Investitionsfreibetrag: Verordnung ante portas

Neuer Begutachtungsentwurf detailliert die Öko-Förderungen

Zum Zeitpunkt der Drucklegung befand sich ein neuer Entwurf unter dem im Amtsdeutsch klangvollen Titel „Verordnung des Bundesministers für Finanzen über Wirtschaftsgüter, deren Anschaffung oder Herstellung für Zwecke des Investitionsfreibetrags dem Bereich Ökologisierung zuzuordnen ist“ oder auch kurz gesagt „Öko-IFB-VO“ noch in seiner Begutachtung. Darin werden Details für Öko-Förderungen von Unternehmen genannt, die wir ihnen hier kurz vorstellen wollen und deren Umsetzung wohl zeitnah erfolgen wird.

So soll es laut des bis 8. März 2023 in Begutachtung befindlichen Papiers einen erhöhten Investitionsfreibetrag (IFB) in der Höhe von 15% für Wirtschaftsgüter geben, auf die das Umweltförderungsgesetz (UFG) oder das Klima- und Energiefondsgesetz (KLIEN-FondsG), jeweils in der geltenden Fassung, anwendbar sind und/oder für die von der zuständigen Förderstelle „KPC - Kommunalkredit Public Consulting GmbH“ bestätigt wird, dass die inhaltlichen Voraussetzungen für die Zuerkennung einer Förderung vorliegen.

Dazu zählen emissionsfreie Fahrzeuge ohne Verbrennungsmotor sowie E-Ladestationen, an denen ausschließlich Strom aus erneuerbaren Energieträgern als Antriebsenergie für Elektrofahrzeuge erhältlich ist. **Aber bitte aufgepasst! Die Luxustangente von netto EUR 33.334,- ist dabei natürlich stets zu berücksichtigen!**

Ebenfalls im Portfolio befinden sich Fahrräder, Transporträder, Spezialfahrräder und Fahrradanhänger. Dies jeweils mit und ohne Elektroantrieb.

Auch gelistet sind Wirtschaftsgüter, die der Verlagerung von Güterverkehr auf die Schiene dienen. Dies wird mit dem Zusatz „Wirtschaftsgüter, für die von der dafür zuständigen Förderstelle „SCHIG – Schie-

neninfrastruktur Dienstleistungsgesellschaft mbH“ die ihrerseits Förderungen gewähren kann oder plausibilisiert, dass alle inhaltlichen Voraussetzungen für die Zuerkennung einer Förderung vorliegen, nun explizit detailliert.

Interessant ist dabei, dass in der praktischen Anwendung eine Förderung bereits als gewährt gilt, wenn von der jeweils zuständigen Förderstelle eine Förderzusage vorliegt. Wird entgegen dieser Förderzusage jedoch keine Förderung ausbezahlt, weil die inhaltlichen Voraussetzungen für eine Förderung dann doch nicht vorliegen, gilt dies nun als rückwirkendes Ereignis (vulgo: Es kann auf Antrag einer Partei oder von Amts wegen ein Bescheid insoweit abgeändert werden, als ein Ereignis eintritt, das abgabenrechtliche Wirkung für die Vergangenheit auf den Bescheid oder Umfang eines Abgabenanspruches hat).

Oder in klarem 0815-Deutsch: „Kann auch in die Hose gehen“.

Eine lange Liste von Ausnahmen & Ablehnung

Nicht begünstigt sind nun Wirtschaftsgüter (WG), die zur Deckung eines investitionsbedingten Gewinnfreibetrags verwendet werden oder für die eine Sonderform der AfA vorgesehen ist.

Generell ausgenommen sind Gebäude, Mieterinvestitionen (die gleich Wirtschaftsgütern im wirtschaftlichen Eigentum des Mieters einkommensteuerlich abgeschrieben werden, oder herkömmliche Kfz im Fuhrpark (Ausnahme: Kfz mit CO₂-Emissionswert von 0 Gramm/km! Für die ist natürlich ein IFB zugänglich!).

Stets ausgenommen sind auch geringwertige Wirtschaftsgüter, unkörperliche WG (falls sie nicht explizit den begünstigten Bereichen Ökologisierung bzw. Life-Science zuzuordnen sind).

Die Crux ist, dass unter die Ausnahmen auch unkörperliche WG fallen, die zwar einem begünstigten Bereich zuzuordnen sind, aber durch ihre Bestimmung zur entgeltlichen Überlassung oder per konzerninternen Erwerb durch den Rost plumpsen.

Ebenfalls ausgenommen sind übrigens auch Vorführfahrzeuge, da sie – die Kapelle spielt einen Tusch – unter gebrauchte WG fallen, die auch generell von Öko-Förderungen ausgeschlossen bleiben.

Und natürlich werden Anlagen, die der Förderung, dem Transport oder der Speicherung fossiler Energieträger dienen, sowie Anlagen, die fossile Energieträger direkt nutzen, als natürliche Feinde der einschlägigen Öko-Förderung angesehen und somit plakativ „ins Winklerl gestellt“.



Ratenzahlungen & Stundungen als temporäres Wundpflaster

Zahlungserleichterungen bei Abgabenschulden möglich

Nicht zuletzt bedingt durch die durch Inflation, Teuerungswelle und explodierenden Energiekosten herrschenden Lage, weist das BMF darauf hin, dass jene, denen es nicht möglich ist, ihren Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Finanzamt fristgerecht nachzukommen, per Bundesabgabenordnung eine Zahlungserleichterung zusteht.

Bei Stundungen wird der Zeitpunkt der Entrichtung der Abgabe hinausgeschoben, bei einer Ratenbewilligung wird die Entrichtung des aushaftenden Betrages in Teilzahlungen gestattet. Anträge sollten dabei aber bis zum Fälligkeitstag eingebracht werden (Vermeidung von Säumniszuschlägen!).

Übersteigen die Abgabenschulden, für die ein Zahlungsaufschub eintritt, den Betrag von EUR 750,- sind dafür Stundungszinsen in Höhe von 4,5% über dem Basiszinssatz zu entrichten. Stundungszinsen unter EUR 50,- werden hingegen nicht festgesetzt.

Voraussetzung für Zahlungserleichterungen ist, dass eine sofortige oder volle Entrichtung der Abgabe für Abgabepflichtige mit erheblichen Härten verbunden ist und die Einbringlichkeit durch den Aufschub nicht gefährdet wird. Eine erhebliche Härte (tatsächliche wirtschaftliche Notlage bzw. finanzielle Bedrängnis) liegt dann vor, wenn keine leicht verfügbaren Mittel vorhanden sind und vorhandenes Vermögen kurzfristig ver-

schleudert werden müsste bzw. die Entrichtung der Abgabenschuld zu einer Gefährdung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Abgabenschuldners und seiner unterhaltsberechtigten Angehörigen führen könnte. Selbst bei Ablehnung eines Zahlungserleichterungsansuchens ist für die Zahlung von der Finanz eine Nachfrist von 1 Monat zu gewähren.

Anträge auf Ratenvereinbarung erfordern einen Abstattungsplan (ideal: 1/3 des offenen Betrages sofort entrichten und den Restbetrag auf 11 Monatsraten abstottern). Bei Zahlungsverzögerungen von Ratenvereinbarungen tritt allerdings ein Terminverlust ein und die gesamte Abgabenschuld ist dann umgehend und auf einmal zu entrichten.

Achtung! Bei Zahlungserleichterungen für Selbstbemessungsabgaben (z.B. Umsatzsteuer, Lohnabgaben) legt das Finanzamt einen strengeren Maßstab an. Bei diesen Abgaben wird eine Zahlungserleichterung nur in Ausnahmefällen gewährt.



Energiekostenzuschuss 1 wird um 4. Quartal erweitert

Der Energiekostenzuschuss erfährt eine Ausweitung

Neben dem Energiekostenzuschuss II wurden vom Gesetzgeber nun weitere Eckpunkte zur Verlängerung des Energiekostenzuschuss I für das bislang vernachlässigte vierte Quartal 2022 präsentiert. Dadurch soll die Wettbewerbsfähigkeit und der Wirtschaftsstandort in der derzeitigen Krise gestärkt werden.

Bislang sind dabei folgende Details bekannt gegeben worden:

Bekanntlich umfasste der Energiekostenzuschuss I den förderfähigen Zeitraum vom Februar bis September 2022. Jetzt wurde eine gesetzliche Grundlage geschaffen, um eine Verlängerung in Form des vierten Quartals (Oktober bis Dezember 2022) zu ermögli-

chen. Die dabei förderfähigen Energieträger wurden neuerdings um Wärme, Kälte und Dampf erweitert. Für sie gelten nun dieselben Antragsvoraussetzungen wie bei Strom und Erdgas.

Als Start der Voranmeldungen für die Verlängerung des Energiekostenzuschuss I für das vierte Quartal wird der 29. März 2023 genannt. Dieser Voranmeldungszeitraum endet dann am 14. April 2023.

Die Antragsphase selbst läuft dann vom 17. April 2023 bis einschließlich 16. Juni 2023.



TIPP: Gebührenbefreiung bei Wohnungsmieten

Laut neuester Erkenntnis beim Gebührengesetz wird die Gebührenbefreiung von Mieten nicht nach einer bestimmten Art von Mietern (z.B. Unternehmer, Privatpersonen, Haupt- oder Untermiete) differenziert und sie gilt daher auch, wenn die gemietete Wohnung nicht vom Mieter selbst, sondern von entsandten Mitarbeitern

des Mieters zu Wohnzwecken genutzt wird.

Sprich: Es kommt nicht darauf an, wer eine Wohnung mietet, sondern nur ob und das eine Nutzung der Räumlichkeiten zu Wohnzwecken vorliegt.

WICHTIGE TERMINE

15. APRIL 2023

Umsatzsteuer

Fälligkeit Umsatzsteuer für Februar 2023

ACHTUNG: (Elektronische) Abgabe der UVA wenn der Umsatz im Jahr 2022 grösser als 100.000 Euro war!!!

NOVA

Fälligkeit Normverbrauchsabgabe für Februar 2023

Lohnabgaben

Fälligkeit Lohnsteuer, Dienstgeberbeitrag & Zuschlag zum Dienstgeberbeitrag vom März 2023

15. MAI 2023

Körperschaftsteuer Vorauszahlung

Fälligkeit zweites Viertel der Körperschaftsteuervorauszahlung für 2023

Einkommensteuer Vorauszahlung

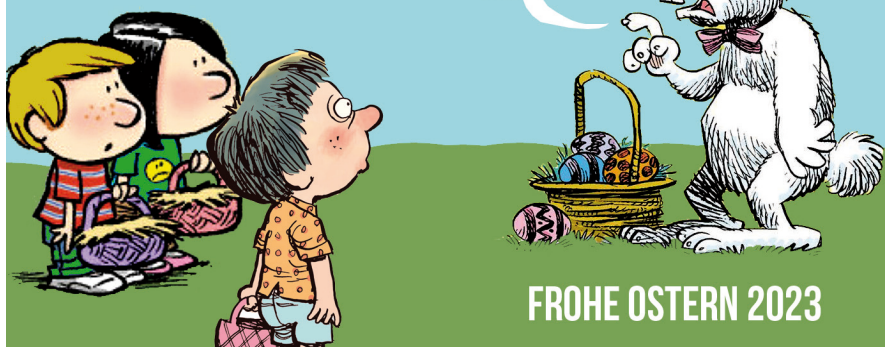
Fälligkeit zweites Viertel der Einkommensteuervorauszahlung für das Jahr 2023

DIE NÄCHSTE AUSGABE

Bitte schon jetzt mal vormerken: Die nächste Ausgabe (No. 68 / Sommer 2023) erscheint Anfang Juni 2023.

Der CLEVER[®] STEUERN Cartoon

Warum es heuer nur EIN EI pro Kind gibt ???
Ach, ihr Kids der Generation X ... sagen Euch die Worte "Hyperinflation", "exorbitante Teuerungswelle", "explodierende Energiekosten", "künstliche Verknappung" oder "Lieferkettenprobleme" durch ein Land namens Ukraine irgendetwas ???



FROHE OSTERN 2023

IMPRESSUM[®]

Medieninhaber: PLACHETKA & PARTNER Steuerberatung GmbH **Redaktion:** Mag. Ursula Plachetka, mako media content Inc. **Layout:** koma creative Inc.

Bildmaterial: koma creative Inc, Plachetka & Partner, Pexels (August de Richelieu, Cottonbro, Pavel Danilyuk, George Dolgikh, Dom J., Allie Feeley, Chait Goli, Hyundai, Pavel Kapysh, Kindel Media, Moose Photos, Andreas Piacquadio, Visualmixtapez),

Lektorat: mako media **Druck:** Druck.at Mödling

Anschrift des Medieninhabers: 2340 Mödling, Enzersdorfer Straße 7 **Redaktion des Medieninhabers:** PLACHETKA & PARTNER Steuerberatung GmbH, 2340 Mödling, Enzersdorfer Straße 7, Telefon: +43 (0)2236 22516-0, FAX: +43 (0)2236 26706, E-Mail: steuerberatung@plachetka.at, www.plachetka.at

© 2023 Plachetka & Partner – Alle Rechte vorbehalten

PLACHETKA & PARTNER
STEUERBERATUNGSGESELLSCHAFT M.B.H.

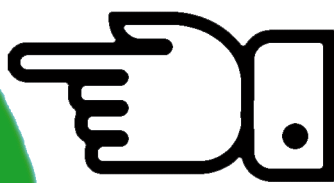
MAKO MEDIA CONTENT



Like us on
Facebook



Follow us on
twitter



UNSERE ONLINE AUFTRITTE:
INTERNET UND SOCIAL MEDIA



DER CLEVER STEUERN PODCAST

DER PODCAST DER SIE WIRTSCHAFTLICH WEITER BRINGT
UND ZUDEM NOCH ANGENEHM IN DEN OHREN KLINGT!



BREAKING NEWS

IN PRINT & ONLINE

CLEVER info

Eine Informationsbroschüre von

CLEVER  STEUERN

Magazine & Broschüren



Podcast Available on
Soundcloud

PLUS



DIGITALE BUCHHALTUNG VIA KLIENENTPORTAL

SP
Kundennummer
Benutzername
Passwort
Deutsch (Österreich)
☐ Angemeldet bleiben
Anmelden Passwort vergessen?



PLACHETKA & PARTNER
STEUERBERATUNGSGESELLSCHAFT M.B.H.